



**Bildung
ist Zukunft**



Ratsfraktion
Hannover

Gemeinsam für die Zukunft Hannovers

Die SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover entwickelt und beschließt realistische, finanzierbare kommunalpolitische Vorhaben. Zahlreiche abgeschlossene und aktuelle Projekte in dieser Stadt belegen das.

Im Rahmen einer Strategiedebatte über die künftige Stadtentwicklung benennen wir schon heute Leitthemen, die für eine Kontinuität unserer erfolgreichen Ratsarbeit für morgen stehen. Dabei verstehen wir uns als bestimmende Kraft bei der Gestaltung Hannovers unter Wahrung der Gesamtinteressen der Einwohnerinnen und Einwohner.

Besondere Schwerpunkte setzen wir im Bereich **Bildung** bei der Förderung und Vernetzung von vorhandenen Bildungsangeboten. In den Stadtteilen sollen generationenübergreifende Lernorte entstehen, die eine lebenslange (Weiter-) Bildung ermöglichen.

Für **Familien** werden wir für alle Generationen und Kulturen geeignete, vielfältige Angebote bereitstellen. Das reicht von Betreuungsmöglichkeiten, einer gezielten Sprachförderung über geeigneten Wohnraum für die verschiedenen Altersstufen bis zur Integration von MigrantInnen. Ehrenamtliches Engagement ist und bleibt dabei für den sozialen Zusammenhalt der Stadt unverzichtbar.

Eine nachhaltige Entwicklung der **Stadtteile** sichert die Zukunftsfähigkeit Hannovers. Sie erhöht die Lebensqualität in den Wohnquartieren, stärkt das Image und fördert die Identifikation mit der Stadt. Wir wollen die jeweiligen Stärken der Quartiere herausarbeiten und die Stadtteile in ihren sozialen, kulturellen und ökonomischen Verhältnissen stärken.

Durch eine lokal und regional ausgerichtete **Wirtschaftspolitik** fördern wir Unternehmensgründungen und -ansiedlungen. Dabei ist die erfolgreiche Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft eine wesentliche Grundlage für den ökonomischen Erfolg.

Die Prognosen über die demografische und wirtschaftliche Entwicklung erfordern, Hannover im Wettbewerb der Städte und Regionen zu stärken und fit für die Zukunft zu machen. Gemeinsam haben wir viel erreicht, mit uns wird die Stadt ihre Stellung in Zukunft weiter ausbauen.

Klaus Huneke
Fraktionsvorsitzender



»Nichts macht den Menschen argwöhnischer, als wenig zu wissen.«

F. Bacon

1. Ganztagschulen – Ein sozialdemokratisches Bildungskonzept

Als die sozialdemokratische Bundesregierung im Mai 2003 ihr neues Bildungskonzept mit dem **Investitionsprogramm »Zukunft, Bildung und Betreuung (IZBB)«** aufgelegt hat, sollte damit bundesweit der Auf- und Ausbau von Ganztagschulen unterstützt werden. Insgesamt 4 Milliarden Euro werden bis einschließlich 2007 in dieses Programm fließen. Das Ziel der sozialdemokratischen Bildungspolitik ist, das deutsche Bildungssystem wieder an die Weltspitze zu bringen. Denn von der Qualität der Bildung hängt unsere Zukunft ab. Das Ganztagschulprogramm war und ist ein erster Meilenstein der in unserem Land dringend benötigten Bildungsreform.

Leider ist das Land Niedersachsen, dem ein Anteil von ca. 400 Millionen Euro und damit rund 10% der Gesamtfördermittel zusteht, weder an der Landeshauptstadt, noch am tatsächlichen Bedarf interessiert.

Kümmerliche 5,3 Millionen Euro, das sind gerade mal 1,3% der Fördersumme, flossen bisher in den Ausbau hannoverscher Schulen. Grundschulen in Problemstädteilen und Integrative Schulformen werden aus rein ideologischen Gründen von der CDU-geführten Landesregierung auf das Abstellgleis geschoben.

Ganztagschulen sind zukunftsweisend

Die Ergebnisse der international vergleichenden Studien wie PISA 2000, IGLU und OECD 2004 haben gezeigt, dass Deutschland in der Schulbildung nur einen Platz im Mittelfeld belegt. Als besonders erschreckend wird einheitlich die Tatsache bewertet, dass das insgesamt schlechte Abschneiden des deutschen Schulwesens daraus resultiert, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien schulisch deutlich schlechtere Ergebnisse erzielen als Kinder aus der Mittel- und Oberschicht. Empirisch belegt ist, dass materielle Armut Bildungsarmut nach sich zieht, und die Voraussetzungen dieser Kinder für eine Beteiligung am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben beeinträchtigt werden.

Entscheidend ist nun – unabhängig von der sozialen Herkunft – die Qualität und die Rahmenbedingungen von Bildung für alle Kinder und Jugendlichen an den Schulen zu verbessern. Der Auf- und Ausbau von Ganztagschulen spielt dabei eine wichtige Rolle: zum einen können die Schülerinnen und Schüler früher und intensiver individuell gefördert werden und zum Zweiten lassen sich Familie und Beruf dadurch besser vereinbaren. Gerade junge Frauen werden heute vor die Wahl gestellt: Kind oder Beruf und Karriere. Um beide Wünsche – Kinder und Karriere – verwirklichen zu können, bedarf es unter anderem einer verlässlichen Betreuung über den Vormittag hinaus. Genau diese Vereinbarkeit von Familie und Beruf können Ganztagschulen durch ihre Ange-

botsstrukturen von Bildungs- und Betreuungszeiten am Nachmittag bieten.

Durch Ganztagschulen kann Ernst gemacht werden mit einer »Pädagogik der Vielfalt«, die das einzelne Kind mit seinen Stärken und Schwächen als Individuum in den Mittelpunkt stellt. Denn: Bildung benötigt Zeit – und an Ganztagschulen ist die Zeit vorhanden, einem Kind die Welt zu erklären und die Entwicklung von Kreativität zu fördern. Phasen des Lernens und Erholens für Spiel und Freizeit können sich abwechseln. Auch die Auflösung von starren Stunden- und Zeitplänen kann die Lernbereitschaft junger Menschen fördern. Zusätzliche Angebote und Projekte bieten Kindern und Jugendlichen die Möglichkeiten, ihre Schwerpunkte z.B. in den Bereichen Musik, Sport, Kultur und/oder Naturwissenschaften näher praktisch zu erfahren. Das bedeutet Abschied vom verordneten Lernen im Gleichschritt und Abschied von der Vorstellung homogener Lerngruppen. Unsere Bildungseinrichtungen dürfen auch keine von der Außenwelt abgeschotteten Lernanstalten sein.

Was wir daher dringend benötigen, ist eine neue Lehr- und Lernkultur!

Dies geht nur in Schulen, in denen

- Kinder mit Freude und Neugier lernen und ihr Wissensdurst geweckt wird.
- eine persönliche Atmosphäre herrscht und Kinder nicht nur durch Noten zu Leistungen motiviert werden.
- sich LehrerInnen die Zeit nehmen, auf den jeweiligen Entwicklungsstand der Kinder einzugehen und wo die Vermittlung von Werten und Einstellungen ein selbstverständlicher Bestandteil dieses Mitein-anders ist.
- sich Lern- und Kreativphasen einander abwechseln.
- LehrerInnen eng und kooperativ mit den Eltern zusammenarbeiten.



- auch die LehrerInnen gern arbeiten, mit Motivation bei der Sache sind, in denen LehrerInnen und SchülerInnen ein partnerschaftliches Verhältnis haben.
- das regionale Umfeld der Schule in das Schulleben mit einbezogen ist, etwa durch Kooperationen mit örtlichen Unternehmen, der Jugendarbeit, Kulturarbeit, dem Sportverein oder der Musikschule.
- fachliches und soziales Lernen miteinander verknüpft sind – nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis.

Es zeigt sich immer mehr: Nicht »Etiketten« wie im dreigliedrigen Schulsystem bestimmen den Wert einer Schule, sondern der Lernerfolg ihrer SchülerInnen!



»Arm und elend sind wir schon,
wenn wir jetzt auch noch dumm werden,
dann haben wir wirklich verloren ...«
(dänischer König nach dem verlorenen
30-jährigen Krieg)

2. Ganztagschulen – (k)ein gemeinsames Projekt von Bund und Ländern

Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ländern und der damaligen SPD- Bundesregierung gestaltete sich sehr unterschiedlich. Während Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg die Vorteile von Ganztagschulen sehr früh erkannt haben, die Fördermittel in vollem Umfang abforderten und so umfangreich den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen fördern, ist dieses in Niedersachsen mit der konservativen Landesregierung nicht der Fall. CDU-Bildungsminister Busemann hat bisher nur einem Drittel der Anträge von Schulen, die ein Konzept zur Umwandlung in eine Ganztagschule im Bildungsministerium eingereicht haben, zugestimmt. Und dies trotz der Tatsache, dass laut einer Statistik der Kultusministerkonferenz der Anteil von Ganztagschulen in Niedersachsen mit 6,2% deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von rund 10% liegt. Zudem sind durch die CDU/FDP-Landesregierung extreme Unsicherheiten über die Bedingungen bei der Vergabe der Ganztagschuloptionen entstanden, in deren Folge Unzufriedenheiten über mangelnde Transparenz des Vergabeverfahrens entstanden sind. Ferner weigert sich die niedersächsische Landesregierung vehement, die bewilligten Ganztagschulen zusätzlich mit pädagogischem Personal auszustatten. Sie nimmt zwar die Fördergelder für den baulichen

Auf- und Ausbau von Ganztagschulen in Anspruch, darüber hinaus aber werden keine finanziellen oder personellen Ressourcen von der Landesregierung zur Verfügung gestellt.

Zu einem wahren Skandal hat sich inzwischen die Vergabe der Bundesmittel an landeseigene Internatsgymnasien in den Wahlkreisen von CDU-Chef McAllister und Kultusminister Busemann entwickelt. Hier wurde nicht nach dem Prinzip der Bedürftigkeit, sondern der Beliebigkeit verfahren, mit dem eindeutigen Ziel der Bevorzugung des eigenen Wahlkreises.

Die derzeit von der Landesregierung definierte Offene Ganztagschule ist eher als »Halbtagschule mit Nachmittagsbetreuung« zu bezeichnen. So zeichnet sich diese Schulform dadurch aus, dass die Unterrichtszeit auf den Vormittag beschränkt bleibt und an drei Nachmittagen lediglich Betreuungsmaßnahmen oder Kooperationen mit externen Partnern stattfinden dürfen. Eine Wiederholung oder Vertiefung von Unterrichtsinhalten im Klassenverband am Nachmittag ist damit beispielsweise gesetzlich untersagt!

Wie Hohn klingt es, wenn im Bescheid zur Verleihung des Titels Ganztagschule ein Absatz steht, in dem »ein Anspruch auf Zuweisung personeller Ressourcen (also Lehrerstunden, Anm.) auch für die Zukunft nicht in Aussicht gestellt werden kann.«

Völlig außer Acht gelassen wurde von der Landesregierung auch der Zusammenhang zwischen Ganztagschulstatus und Gebäudeausstattung. So bleiben Schulen allein, wenn sie mit der Umwandlung in eine Ganztagschule auch bauliche Veränderungen, wie zum Beispiel die Einrichtung einer Mensa oder zumindest einer geeigneten Essenausgabe erwarten. Gerade für diese Umbaumaßnahmen war das Investitionsprogramm des Bundesbildungsministeriums gedacht. Stattdessen genehmigt das Land Ganztagschulangebote, die sie nichts kosten und verweist völlig zu Unrecht auf den Schulträger, in unserem Fall der Landeshauptstadt Hannover.

3. Eine alternative Bildungschance: »Schule im Stadtteil«

In Anbetracht der dargestellten Anforderungen verlangen Schulen – insbesondere Grund-, Haupt- und Förderschulen – als Akteure der Stadtteilentwicklung verstärkte Aufmerksamkeit. Zur Bewältigung der genannten Herausforderungen sind sie aufgerufen, sich in die Stadtteilentwicklungsprozesse einzubringen und diese mitzugestalten. »Öffnung zum Stadtteil«, sozialräumliche Orientierung und Kooperationen werden als Möglichkeit angesehen, die Bildungs- und Entwicklungsprozesse für Kinder und Jugendliche deutlich zu verbessern. Mit der Öffnung der Schule nach außen bietet sich die Chance, die unmittelbare Lebensumwelt der Schülerinnen und Schüler in ihre Arbeit einzubeziehen.

Der Weg ist und muss in diesem Fall eine **systematische Vernetzung in den Stadtteil** hinein sein. Das Ziel ist, dass Kinder und Jugendliche einerseits ihre Lebenswelt im Stadtteil genau kennen lernen und reflektieren und das soziale, politische, kulturelle und ökologische Umfeld erfassen. Andererseits werden Grundlagen für selbstständiges Lernen und Weiterlernen gefördert. Die Differenz zwischen dem außerschulischen Leben und dem schulischen Lernen sollte dabei möglichst gering gehalten werden, die Schule muss sich folglich nach außen öffnen. Dies beinhaltet also eine Abkehr von der bloßen Unterrichtsschule hinzu einem Lern- und Lebensort, zu einem sozialen und kulturellen Erfahrungsfeld, in dem Leben und Lernen ineinander greifen.

Die Kooperation von Schule und Einrichtungen im Stadtteil bietet zudem die Möglichkeit und die Chance, die bisherigen Bildungsangebote von Schulen und Horten zu erweitern. So bietet sich die Schule als spezifischer Lernort neben anderen Angeboten an und übernimmt gleichzeitig Mitverantwortung für das soziale und pädagogische Zusammenspiel der einzelnen Akteure. Für

dieses Netzwerk bieten sich die Kooperationsfelder Umwelt, Gesundheit und Soziales, Kultur und Sport an. Dabei sollte eine Ausgewogenheit der verschiedenen Angebote ebenso im Mittelpunkt stehen, wie die Einbindung in die Berufs- und Arbeitswelt bei weiterführenden Schulen.

Das gemeinsame Mittagessen von SchülerInnen und LehrerInnen stärkt nicht nur das Gefühl der Zusammengehörigkeit, sondern hält zudem eine wichtige Erfahrung der gesunden Ernährung bereit. Damit diese Angebote ausgebaut werden können, wurden für den Haushalt 2006 zusätzliche **120.000 Euro** für Projekte rund um das Thema »Gesunde Ernährung« bereit gestellt.

Die vom »Deutschen Institut für Urbanistik« in Berlin bearbeitete Programmauswertung des Bund-Länder-Programms »Soziale Stadt« belegt unter anderem, dass die Öffnung von Schule hinein in den Stadtteil als die Schlüsselstrategie für die Lösung der oben genannten Probleme angesehen werden muss.

Die Vernetzungsphilosophie – weiterentwickeln und entfalten

»Vernetztes Denken und Handeln setzt die persönliche Bereitschaft der Akteure voraus. Sie müssen von der Sache und den Zielen überzeugt sein. Organisations- und Strukturveränderungen haben sich an den Zielen zu orientieren bzw. sich ihnen anzupassen. Für Veränderungsprozesse bedarf es Zeit. Vernetztes Denken bietet einen passenden Rahmen, in welchem Visionen eingebracht und an ihren Realisierungen gearbeitet werden kann!«



Schule als Lern- und Lebenswelt am Beispiel der Grundschule Albert-Schweitzer-Schule in Hannover-Linden

Eine »offene« Schule bietet mehr Chancengleichheit, sie kann aber zudem auch ein symbolischer Ort für ein vorurteils- und benachteiligungsfreies Zusammenleben im Stadtteil sein. Wenn Schule zum Kristallisationspunkt des Lebens für hannoversche Schülerinnen und Schüler im Stadtteil wird, so setzen die Aktivitäten genau dort an, wo sich Benachteiligungen zuerst manifestieren: in den unterschiedlichen Bildungschancen unterschiedlicher sozialer Gruppen.

Die Albert-Schweitzer-Schule ist eine von vier Grundschulen im Stadtteil Linden-Nord. In dieser mit vier Zügen ausgestatteten Grundschule werden rund 320 Kinder unterrichtet, von denen 70% einen Migrationshintergrund aufweisen, 90% davon wiederum sind türkischer Herkunft. An dieser Grundschule war seit Jahren zu beobachten, dass deutsche Eltern und bildungsbewusste Eltern von Migrantenkindern immer häufiger versucht haben, ihre Kinder in anderen Schulen anzumelden mit der Begründung, dass an einer Schule mit einem derartig hohen Ausländeranteil kein »normaler«

Lehrbetrieb möglich sein könne. Dieser Argumentation widersetzten sich die Schulleiterin und ihr Kollegium mit einem umfangreichen Konzept zur Einrichtung einer Ganztagschule: Zusätzlich zum »normalen« Stundenplanbetrieb wurde in Kooperation mit der Jugendhilfe ein umfassendes Betreuungsangebot geschaffen, das zeitlich von 7 Uhr bis maximal 17 Uhr an fünf Tagen in der Woche sowie eine ganztägige Ferienbetreuung umfasst. Zusätzlich wurden drei ganztägige Schultage (bis 15 Uhr/ 16 Uhr) geschaffen.

Inhaltlich wurden Schwerpunkte entwickelt, die sich an den individuellen Bedürfnissen und Defiziten der einzelnen Schülerinnen und Schüler orientierte. Dazu gehören Sprachförderung, Förder- und Förderangebote, Gewaltprävention, Gesundheitserziehung und Interessenbildung und -weiterentwicklung.

Durch die verpflichtenden Angebote, die aufsteigend von Klasse 1 bis 4 aufeinander aufbauen, möchte das Lehrerkollegium sicherstellen, dass alle Kinder während ihrer Grundschulzeit bestimmte Grundkenntnisse und Fähigkeiten erwerben und einüben können, die häufig von den Elternhäusern nicht mehr vermittelt werden oder vermittelt werden können.

Ein weiteres Ziel der Albert-Schweitzer-Schule ist die gezielte Öffnung der Schule in den Stadtteil hinein. Dies wird über die Einbindung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern außerschulischer Kooperationspartner wie Bücherei, Musikschule, Freizeithaus, Sportvereinen und andere kommerzielle Anbieter gewährleistet. Damit können den Kindern vielfältige Erlebnissräume und Erfahrungen angeboten werden, die zu Hause oder auf der Straße nicht selbstverständlich sind.

Des Weiteren wird in enger Kooperation mit »FLUXUS – Lernende Region« eine sog. Elternwerkstatt »Rucksackeltern in Schule« (siehe auch Absatz »Sprachförderung und Stärkung der Elternarbeit«) als Pilotprojekt in der Albert-Schweitzer-Schule entwickelt und erprobt. Als ein weiteres Modellprojekt bietet die Albert-Schweitzer-Schule ein »Elterncafé« im Verbund mit dem VSE

(Verbund sozialer Einrichtungen) an. In lockerer Atmosphäre können sich in diesem Café Eltern austauschen, aber auch ratsuchend an den/die anwesende SozialarbeiterIn wenden.

Ziel der SPD-Ratsfraktion ist es, dass das als Modellversuch geplante Projekt der Schulkinderbetreuung an der Albert-Schweitzer-Schule die Zahl ihrer Betreuungsplätze in Kooperation mit der Jugendhilfe verdoppelt (einschließlich der Ferienbetreuung). Sollte eine Anerkennung dieses gemeinsam durch die Fachbereiche Schule und Jugendhilfe konzipierten kooperativen Projektes durch die niedersächsische Landesregierung nicht erfolgen, wird dieser Modellversuch durch die Landeshauptstadt Hannover mit **150.000 Euro** finanziert. Dafür haben Sozialdemokraten und ihr Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hannover gesorgt!

Dort, wo kleinere Umbaumaßnahmen notwendig sind, beispielsweise für die Errichtung einer Essenausgabe, stehen für Investitionen **250.000 Euro** speziell für das Projekt »Schule im Stadtteil« zum Abruf bereit.

4. Bildungspolitische Ziele der SPD-Ratsfraktion

Ein wichtiges Anliegen im Handlungsfeld »Schule im Stadtteil« ist für die SPD-Ratsfraktion die Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen für die Kinder und Jugendlichen in den hannoverschen Stadtteilen. Die Schaffung von verbesserten Angeboten durch Betreuungsangebote am Nachmittag, spezifische Förderangebote oder auch Maßnahmen zur Verbesserung der Lernumgebung, gehören dabei zu unseren vordringlichen Zielen. Dies setzt neben der Kooperationswilligkeit der Schule auch eine intensive Untersuchung des örtlichen Umfeldes voraus. Dafür haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat gemeinsam den Einsatz von **675.000 Euro**

beschlossen. Zudem können in der Vernetzung erfahrene städtische MitarbeiterInnen als »Bildungs-Scouts« an Schulen ausgeliehen werden, um sie zu beraten. Diese MitarbeiterInnen suchen im Umfeld der Schule nach Kooperationspartnern und können damit dem interessierten Kollegium Arbeit abnehmen.

Mittelfristig ist – zusammen mit einer SPD-geführten Landesregierung – der massive Ausbau an Ganztagsangeboten das bildungspolitische Ziel der SPD in Stadt und Region.

Sprachförderung und Stärkung der Elternarbeit

Neben der sozialen Herkunft sind mangelnde Sprachkenntnisse das größte Hindernis für schulischen Erfolg. Überraschenderweise ist dies nicht nur in den Familien mit Migrationshintergrund zu beobachten, sondern auch in deutschen Familien verkümmern zusehends die Fähigkeiten, sich sprachlich verständlich auszudrücken. Projekte zur Sprachförderung leisten daher nach Ein-





schätzung von Expertinnen und Experten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der sprachlichen Kompetenzen sowie zur Verstärkung der Elternarbeit. Die SPD-Ratsfraktion hat daher für den Auf- und Ausbau einer systematischen Sprachförderung bereits im vergangenen Jahr **500.000 Euro** in den Haushalt eingestellt. Mit unterschiedlichen Programmen, die sich bereits in anderen bundesdeutschen Städten bewährt haben, arbeiten jetzt verschiedenen Fachbereiche vernetzt an der Umsetzung dieser Sprachförderprogramme. Als besonders erfolgreich gilt dabei das Projekt »Rucksack«, das sich durch die Einbeziehung von Eltern mit Migrationshintergrund und Förderung der bi-lingualen Sprachkompetenz auszeichnet.

Vernetzung, Kooperation und Bündelung von Ressourcen

Ein weiterer Schwerpunkt der bildungspolitischen Arbeit der SPD-Ratsfraktion liegt in der Bündelung und Vernetzung stadtteilorientierter Netzwerke. Hierbei wird insbesondere der Förderung von Vernetzung und Koope-

ration zwischen Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit bzw. Jugendhilfe, sowie weiteren relevanten Akteursgruppen, eine besondere Bedeutung beigemessen.

So wurde die Verwaltung für das Jahr 2006 beauftragt, ein besonderes Bildungs- und Qualifizierungsangebot an **Hauptschulen** zu entwickeln.

Mit den von der SPD-Ratsfraktion und ihrem Koalitionspartner zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln sollen die zur freiwilligen Mitarbeit bereiten Schulen in die Lage versetzt werden, in Kooperation mit den Netzwerken Ergänzungsangebote am Nachmittag zu unterbreiten. Einen besonderen Schwerpunkt bildet dabei die Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf den Übergang in das Berufsleben.

Anknüpfend an den Erfahrungen verschiedener empirischer Studien und angepasst an die hannoversche Bildungslandschaft sollen sich um die Schulstandorte verlässliche und interdisziplinäre Netzwerke aufbauen, die ihre Stärken gleichberechtigt für die Bildungsprozesse von Kindern einbringen. Die vorhandenen Ressourcen und Einrichtungen können durch eine optimale Verzahnung den gesellschaftlichen Bildungsauftrag qualitativ verbessern und auf die Lebensumwelt der Betroffenen anpassen.

Schülerinnen und Schüler erhalten dadurch eine Unterstützung durch differenzierte Instrumente, Angebote und Strategien um ihre Selbstständigkeit, Lebensbewältigung, Lernorganisation und berufliche Orientierung auszubauen. Ferner werden ihnen Chancen und Möglichkeiten geboten, eigene Interessen und Potenziale zu erkennen, um erreichbare Ziele bei der Berufswahl oder für den weiteren Bildungsweg zu verfolgen.

Daher hat die SPD-Ratsfraktion **250.000 Euro** speziell für den Ausbau von Netzwerken an Hauptschulen bereitgestellt.

Zusammenfassung

Zukunft und Bildung stehen im Mittelpunkt der Politik der SPD-Ratsfraktion. Vor dem Hintergrund einer unverantwortlichen und unsozialen Schulpolitik der CDU/ FDP-Landesregierung wird es immer wichtiger, die Chancengleichheit im Bildungswesen wieder herzustellen.

So wurden beispielsweise Grundschulen bei der Vergabe der IZBB-Mittel durch das Land Niedersachsen fast vollständig ausgeblendet. Darüber herrscht bei Grundschulleitungen und Fachleuten größtes Unverständnis, wird hier doch die Basis für die chancengleiche Teilhabe am Bildungsprozess gelegt.

Wird dieser Segregationsprozess noch durch die zu frühe Selektion von Kindern in weiterführende Schulen gefestigt, entsteht damit ein Teufelskreis, der ursächlich für die Bildungsmisere in Deutschland mitverantwortlich ist.

Daher will die SPD-Ratsfraktion mit Hilfe vernetzter Bildungsangebote, der Wiedereinführung der Hausaufgabenhilfe und dem Ausbau der Betreuung in Grund- und Hauptschulen eine gezielte Förderung der Kinder gewährleisten und Bildungsbenachteiligung kompensieren.

Der Bereich Schule, Bildung und Qualifizierung erfährt somit durch uns eine über die ohnehin bereits im Haushalt für Schule und Bildungsprojekte veranschlagten Haushaltsmittel eine Erhöhung um etwa 2 Millionen Euro.

»Wir sind die Schüler von heute, die mit Lehrern von gestern, in Gebäuden von vorgestern und mit Methoden aus dem Mittelalter auf die Probleme von morgen vorbereitet werden sollen.«

(Aussage einer Schülerin auf einer Diskussionsveranstaltung)

Link-Sammlung zum Thema Bildung

www.spd-landtag-nds.de

www.fluxus-hannover.de

www.lernende-regionen.de

www.bildungsserver.de

www.ganztagsschulen.de

www.ganztaegig-lernen.de

www.bertelsmann-stiftung.de

www.blk-bonn.de

www.dji.de

www.ies.uni-hannover.de

www.bildungsportal.nrw.de

www.kmk.org

www.wegweiser-buergergesellschaft.de

www.hamburger-bildungsserver.de

www.albert-schweitzer-schule-hannover.de



Impressum

Herausgeber:

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Friedrichswall 15

30159 Hannover

Telefon: 0511-168.45310

Fax: 0511-168.43624

e-mail: spd@hannover-stadt.de

www.spd-ratsfraktion-hannover.de

Redaktion:

Michael Klie

Claudia Göttler

Petra Himstedt

V.i.S.d.P.:

Klaus Huneke, Fraktionsvorsitzender

Gestaltung:

Sabine Panse, stilfrei grafikatelier, Hannover

Fotos:

Dokumentation »Treibhäuser der Zukunft«

von Reinhard Karl

Produktion: Archiv der Zukunft,

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung;

Albert-Schweitzer-Schule, Harald Franke

Druck:

B·W·H GmbH, Hannover

Die Broschüre »Bildung ist Zukunft« der SPD-Ratsfraktion wird kostenlos verteilt bzw. ist in der Geschäftsstelle erhältlich.

Stand: Februar 2006



Geschäftsstelle der SPD-Ratsfraktion
Friedrichswall 15
30159 Hannover
Telefon: 0511-168.45310
Fax: 0511-168.43624
e-mail: spd@hannover-stadt.de
www.spd-ratsfraktion-hannover.de